



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 09.12.2011

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, 15. Dezember 2011, um **15:00 Uhr**,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

ACHTUNG: GEÄNDERTER SITZUNGSBEGINN!!

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Mitteilungen
3. **11-F-33-0053**

Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote für Kinder
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 06.12.2011 -

In einer Stadt wie Wiesbaden, in der viele Tiere in Wohnungen gehalten werden und wenige Kontaktmöglichkeiten mit frei lebenden Tieren und Natur bestehen, ist eine Heranführung an den Tierschutz wichtig. Die richtige Pflege und die artgerechte Haltung müssen erst erlernt werden - dies gilt besonders für Kinder.

Aus diesem Grund sind Einrichtungen wie der Kinderbauernhof, der Biberbau und das Naturpädagogische Zentrum in der Fasanerie und deren Arbeit für Wiesbaden von großer Bedeutung. Dort lernen Kinder und Jugendliche, angeleitet von Fachpersonal, den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren und Natur. Sie lernen, dass Tiere Arbeit machen und umsorgt werden müssen, neben einer theoretischen Einweisung bekommen Kinder die Möglichkeit selbständig für Tiere zu sorgen - natürlich immer unter pädagogischer Betreuung.

Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote sind von unschätzbarem Wert für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Neben der Pflege von Tieren und dem Umgang mit der Natur lernen Kinder Verantwortungsbewusstsein, sie lernen sich selbst und ihre Arbeit zu strukturieren.

Die bisherigen Angebote sind von herausragender Qualität. Leider bedeutet dies auch, dass die Nachfrage enorm hoch ist. Termine z.B. auf dem Kinderbauernhof sind begehrt und die Warteliste ist lang.

Um den Kindern Wiesbaden die Möglichkeit zu geben, mehr über Haustiere zu erfahren, aber auch den generellen Umgang mit Tieren zu erlernen, ist es wichtig neue Angebote in diesem Bereich zu schaffen bzw. die vorhandenen Angebote auszuweiten.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) unter Einbeziehung der vorhanden Angebote und Träger zu prüfen, wie Tierschutzkunde und Naturpädagogische Angebote ausgeweitet werden können. Insbesondere ob und wie solche Angebote auch in das Sommerferienprogramm des Jugendamtes aufgenommen werden können,
- 2.) darüber hinaus auch das Gespräch mit weiteren möglichen Akteuren zu suchen, um sie in die Arbeit einzubinden. Dies könnten z.B. Tierheime, Gnadenhöfe und Naturschutzverbände sein,
- 3.) zu prüfen, wie die Ergebnisse eines solchen zusätzlichen Angebotes einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, vor allem, um den Kindern die Möglichkeit zu geben ihre Arbeit und das Erlernte darzustellen.

4. 11-F-33-0054

Kommunale Beschäftigungs- und Eingliederungsmaßnahmen sichern
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 07.12.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

1.1 Auf Grundlage des Stadtverordnetenbeschlusses Nr. 0305 vom 01. September 2011 konnten alle für die Jahre 2011 ff. geplanten Eingliederungsmaßnahmen ungekürzt fortgesetzt werden. Insbesondere betrifft dies

- Eingliederungszuschüsse im 1. Arbeitsmarkt,
- Förderung der beruflichen Weiterbildung,
- Arbeitsgelegenheiten,
- Ausbildung im SGB II,
- Heranführung an Arbeit und Ausbildung.

Die im Beschluss Nr 0305 vorgemerkten Mittel i. H. v. 5,6 Mio. in 2012 und 8,3 Mio. in 2013 werden nicht vollem Umfang benötigt.

- 1.2 Im laufenden Jahr 2011 erfolgen die Zahlungsverpflichtungen aus diesen Eingliederungsmaßnahmen noch aus Bundesmitteln. Um ab 2012 ff. zahlungsfähig zu sein, bedarf es der tatsächlichen Bereitstellung der Mittel ab Januar 2012.
- 1.3 In einem zweiten Teil des Städtischen Programms für Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung (Temporäre Fonds für Strukturanpassung) sollen Mittel für die notwendigen Veränderungen im Leistungsspektrum und in den Leistungsprozessen bei Wiesbadener Beschäftigungsträgern und der KommAV bereitgestellt werden. Im Teil III des Programms (Dauerhafte kommunale Aktivitäten) werden Mittel für den Aufbau und die laufende Finanzierung dauerhafter kommunaler Beschäftigungsprogramme benötigt.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Programmteil I (Temporäre Kompensation der Bundeskürzungen) werden vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Haushaltes ab Januar 2012 die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt.

Die erforderlichen Mittel für den Programmteil II (Temporäre Fonds für Strukturanpassung) für 2012 werden ebenfalls vorab der Beschlussfassung und Genehmigung des Haushaltes ab Januar 2012 zur Verfügung gestellt.

Die Deckung erfolgt aus Erstattungen des Bundes im Bereich der Sozialhilfe (Grundsicherung im Alter) oder aus eingesparten Wohngeldmitteln.

- 2.2 Der Magistrat wird gebeten, zu den Haushaltsberatungen eine aktualisierte Finanzplanung vorzulegen, die den zu erwartenden Mittelabfluss in 2012 sowie den Finanzbedarf für den Programmteil III (Dauerhafte kommunale Aktivitäten) in 2012/2013 und die Programmteile I und II in 2013 darstellt.

5. 11-F-03-0121

Raus aus der Transparenzdefensive - Wiesbaden: transparent und bürgernah
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.12.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest:

Eine transparente Politik ist Voraussetzung für die Demokratie in einer modernen Bürgergesellschaft. Bürgerbeteiligung verkommt zu einer Farce, wenn sie einzig als Legitimationsgrundlage für unpopuläre Entscheidungen angesehen und genutzt wird, das haben nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 gezeigt.

Der Magistrat wird gebeten,

1. sicherzustellen, dass den Stadtverordneten eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den zu bearbeitenden Vorlagen möglich ist, indem er einen ausreichenden Vorlauf schafft um Zwangsentscheidungen unter Zeitdruck zu vermeiden.
2. den Fraktionen wichtige Fristen zu Verfahren bei Eingang mitzuteilen.

3. Stellungnahmen und Einsprüche so frühzeitig zu erstellen, dass sie noch rechtzeitig vor Fristablauf in den zuständigen Fachausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung beraten und entschieden werden können.
4. Projekte, die zu einer höheren Transparenz und/oder Bürgerbeteiligung führen, wie beispielweise Abgeordnetenwatch, zu unterstützen.
5. bei Großprojekten der Stadt Wiesbaden (z.B. Rhein-Main-Hallen, Platz der Deutschen Einheit, Kureck, Stadtbahn) eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Bürgerbeteiligung durchzuführen. Dazu gehören umfassende Informationen von Anfang an, die die Bürgerinnen und Bürgern in die Lage versetzen, fundierte Bewertungen abzugeben.
6. den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Mai 2010, „den Haushalt für die Öffentlichkeit lesbar auf die Homepage der Landeshauptstadt Wiesbaden einzustellen (analog der Stadt Frankfurt / Main)“ und „in Kooperation mit den Stadtverordneten weiterhin an einer Verbesserung der Transparenz und Lesbarkeit des städtischen Haushalts für die kommenden Jahre zu arbeiten“ endlich umzusetzen.
7. eine verkürzte, transparent und einfach dargestellte Gesamtübersicht über den städtischen Haushalt (analog zur Darmstädter Broschüre) zu entwickeln, den Gremien vorzustellen und nach Beratung online zu stellen.
8. sicherzustellen, dass die Besetzung von Kommissionen/Aufsichtsräten von Eigenbetrieben und städtischen Gesellschaften die parlamentarischen Stärkeverhältnisse widerspiegelt.

6. 11-F-08-0086

Digitale Bereitstellung der Unterlagen im öffentlichen Teil des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 30.11.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Um die öffentlichen Beratungen in den Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung effektiver und für den interessierten Bürger/die interessierte Bürgerin transparenter zu gestalten möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

bei einem zeitnah durchzuführenden Update des städtischen Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)

1. die öffentlichen Sitzungsvorlagen (alle öffentlichen Drucksachenlisten) mit der Überstellung an die Stadtverordneten und die örtliche Presse auch auf der Internetseite der Landeshauptstadt Wiesbaden allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zum Download bereit zu stellen
2. die Niederschriften der Ausschusssitzungen, der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und der Ortbeiratssitzungen zeitnah nach Genehmigung in den jeweiligen Gremien in PIWi zu veröffentlichen.

7. 11-F-07-0022

Bürgerbefragung zum Standort Neubau Rhein-Main-Hallen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 29.11.2011 -

Für die geplante Bürgerbefragung sind nur zwei Alternativen vorgesehen, die Wilhelmstraße und eine Umklappvariante in die Herbert-Anlagen hinein. Für diese Anlagen bestehen klare denkmalschützerische Vorgaben; ein Parkpflgewerk, in der die Notwendigkeit der vollständigen Erhaltung dargelegt wird, wurde vor kurzem verabschiedet. Deshalb sollte die Bürgerschaft sich bei der Befragung für einen Neubau der Hallen an der Friedrich-Ebert-Allee entscheiden können, bei dem die Anlage nicht tangiert wird, z.B. für die sogenannte Verschiebevariante, die den Abbruch der Halle 5 vorsieht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, bei der Bürgerbefragung zum Standort Neubau Rhein-Main-Hallen ein Votum für eine Variante an der Friedrich-Ebert-Allee zu ermöglichen, bei der der Verbindungsweg zwischen Friedrich-Ebert-Allee und Kronprinzenstraße als Grenze nicht überschritten wird.

8. 11-F-33-0046

Rhein-Main-Hallen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktion von CDU und SPD vom 15.11.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1.) Der Magistrat wird gebeten, Anfang Januar 2012 ein Expertenhearing in einer gemeinsamen Sitzung des Ältestenausschusses und des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration durchzuführen.

Ziel ist es, die sozialwissenschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen sowie die geeigneten Maßnahmen zu klären, unter denen eine Bürgerbeteiligung zur Frage des Standortes der RMH durchgeführt werden kann. Die formalen Voraussetzungen für eine qualifizierte Bürgerbefragung sollen geklärt werden. Weitere Grundlage soll sein, dass jede/r Wiesbadener Bürger/in die Möglichkeit erhalten soll, sich an dem Verfahren zu beteiligen und im Vorfeld umfassend informiert zu werden.

2.) Das Hearing findet öffentlich statt, ein Rederecht steht nur den Stadtverordneten zu. Am Ende des Hearings erfolgt eine Bürgerfragerunde zu den formalen Bedingungen einer Bürgerbefragung.

3.) Vor einer Bürgerbefragung am Ende des ersten Quartals 2012 müssen für die in Frage kommenden Neubaustandorte Wilhelmstraße sowie Friedrich-Ebert-Allee („modifizierte Verschiebevariante“) die folgenden Aspekte abschließend geklärt sein:

- Untersuchung der grundsätzlichen baurechtlichen und denkmalschutzrechtlichen Genehmigungsfähigkeit auf Basis der bis dahin bekannten Parameter

- Definition der bebaubaren Grundflächen

- Aufnahmefähigkeit des zu erwartenden Verkehrsaufkommens in Bezug auf die bestehenden Knotenpunkte

4.) Zur Vorbereitung eines nach Festlegung des Standorts durch die Stadtverordnetenversammlung durchzuführenden Architektenwettbewerbs wird der Magistrat beauftragt, detailliertere Untersuchungen über die verwendbaren Grundrisse - ausgehend von den Gebäudefunktionalitäten - und verkehrliche Simulationsmodelle verschiedener Anbindungsmöglichkeiten des Grundstücks zu beauftragen.

9. 11-F-05-0010

Aufbau eines lokalen Bildungsbündnisses gegen Analphabetismus
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, gemeinsam mit der Volkshochschule Wiesbaden, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und anderen Organisationen ein Bildungsbündnis gegen Analphabetismus in Wiesbaden einzurichten.

Ziel dieses Bündnisses soll es sein

- Analphabeten und funktionale Analphabeten zu ermutigen, ihre Defizite abzarbeiten,
- geeignete Weiterbildungsangebote zu entwickeln,
- durch Beratung der Betroffenen die bestehenden Hemmschwellen zu überwinden und individuelle Angebote zu vermitteln.

10. 11-F-08-0087

Schriftliche Anfrage Nr. 41/2011 der Stadtverordnetenfraktion Linke&Piraten vom 11.11.2011 nach § 43 i.V.m. § 55 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. Monatsbericht August 2011 der Dr. Horst Schmidt Kliniken

ANLAGE

11. 11-V-10-0024

DL 33/11-2, 31/11-3

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und sonstigen Gremien; Änderungen in der Besetzung
- Wahl des Verwaltungsausschusses des Hess. Staatstheaters und der Verbandsversammlung des Naturparks Rhein-Taunus

ANLAGE

12. 11-V-20-0075

DL 30/11-1

Rekommunalisierung der Wasserversorgung der Landeshauptstadt Wiesbaden, Gründung eines neuen Eigenbetriebes
- Wahl der Betriebskommission "Wasserversorgungsbetrieb der LHW"

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **11-V-04-0010** **DL 31/11-2**
Schienengebundener ÖPNV in Wiesbaden und der Region
ANLAGE

2. **11-V-07-0015** **DL 33/11-1, 32/11-1**
Einrichtung eines Sternengartens auf dem Wiesbadener Südfriedhof

3. **11-V-11-2010** **DL 31/11-4**
Job-Ticket - Weiterführung im Jahr 2012 und 2013
ANLAGE

4. **11-V-33-0006** **DL 34/11-2**
Integrationsbericht 2010

5. **11-V-40-0045** **DL 31/11-5**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2012; hier: Ausbau Grundschulkinderbetreuung

6. **11-V-41-0034** **DL 31/11-6**
Internationale Maifestspiele 2011; vorläufiger Abschluss

7. **11-V-51-0054** **DL 34/11-3**
Ersatzneubau des Senioren- und Pflegeheimes der Nassauischen Blindenfürsorge e. V.

8. **11-V-51-0063** **DL 33/11-3, 32/11-4**
Weiterführung der Übertragung von Aufgaben an den Stadtjugendring
ANLAGE
9. **11-V-51-0069** **DL 33/11-4, 32/11-5**
Ev. Stephanusgemeinde in Kostheim, Umbau des Gemeindehauses zur Schaffung neuer Krippenplätze
10. **11-V-52-0019** **DL 34/11-4**
Freigabe von Mitteln 2012 des Sportamtes
11. **11-V-61-0047** **DL 34/11-5**
Planungsverfahren Wohngebiet Bierstadt-Nord
12. **11-V-61-0054** **DL 33/11-6, 32/11-7**
Neubau des AAFES-Shopping-Centers (PX) für die US- Streitkräfte auf der Liegenschaft Wiesbaden-Hainerberg, Beteiligung der Gemeinde
13. **11-V-63-0005** **DL 32/11-8**
Baugrundstück Dotzheim, Helmholtzstraße 21-65 - Bauvoranfrage Az.: 634723/08 - Neubau von Geschosswohnungsbau zur Siedlungsverdichtung (5 Gebäude mit ins. 50 Wohnungen)
14. **11-V-63-0009** **DL 32/11-9**
Baugrundstück: Wiesbaden, Hasengartenstraße 24, 26, 28, 30, Weidenbornstraße 29, 31 - Az.: 6302/632018/11 - Neubau 6 Mehrfamilienhäuser mit 128 Wohnungen, eine unterirdische Mittelgarage für 25 Pkw-Stellplätze und eine unterirdische Großgarage mit 120 Pkw-Stellplätzen
15. **11-V-66-0229** **DL 33/11-7, 32/11-10**
Rosselstraße / Dambachtal; Einrichtung Tempo-30-Zone

16. 11-V-70-0005 DL 31/11-7

Jahresabschluss 2010 der ELW - Feststellung des Jahresabschlusses; Ergebnisverwendung

17. 11-V-80-2334 DL 34/11-6, 32/11-11

Parkhaus Coulinstraße - Entscheidung über den zu realisierenden Entwurf

ANLAGE

18. 11-V-80-8013 DL 33/11-8, 32/11-12

Austritt der Landeshauptstadt Wiesbaden aus der FRM "Frankfurt RheinMain GmbH
International Marketing of the Region"

19. 11-V-82-0015 DL 34/11-7

Neubau Rhein-Main-Hallen - Projektstruktur und -Anschubfinanzierung

Tagesordnung III

1. 11-V-07-0016 DL 32/11-2

ELW-Betriebskommission
Wahl von wirtschaftlich und/oder technisch besonders erfahrenen Personen

ANLAGE

2. 11-V-10-0024 DL 33/11-2, 31/11-3

Vertretung der Landeshauptstadt Wiesbaden in Organen von Gesellschaften und sonstigen
Gremien; Änderungen in der Besetzung

ANLAGE

3. 11-V-31-0004 DL 34/11-1

Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Hinweis: Die Originalpläne liegen im Amt der Stadtverordnetenversammlung zur Einsicht bereit.

4. 11-V-37-0004 DL 32/11-3

Änderungssatzung über die Gebühren für den Rettungsdienst

5. 11-V-61-0002 DL 33/11-5, 32/11-6

Bebauungsplan "Danziger Straße" im Ortsbezirk Sonnenberg - Beschluss über die öffentliche Auslegung -

Zu den nachfolgenden Punkten finden Sondersitzungen statt:

6. 11-V-20-0071 DL 35/11-1 NÖ

Finanzierung der Kapitalerhöhung der WIM GmbH

7. 11-V-51-0064 DL 35/11-1

Verantwortung für Wiesbaden; Anpassung der Kindertagesstättengebühren und Einführung einer Gebühr für die Betreuende Grundschule

8. 11-V-52-0018 DL 34/11-6 NÖ

Durchführung der Europameisterschaft "IRONMAN Germany 70.3" in Wiesbaden ab 2013

Tagesordnung IV

1. 11-V-02-0003 DL 33/11-1 NÖ, 32/11-1 NÖ

Änderung Gesellschaftsvertrags HSK

2. **11-V-02-0004** **DL 33/11-2 NÖ, 32/11-2 NÖ**
HSK, Monatsbericht September 2011

3. **11-V-02-0005** **DL 34/11-1 NÖ**
HSK

4. **11-V-20-0074** **DL 34/11-2 NÖ**
Umwandlung Gesellschafterfremdkapital

5. **11-V-20-0080** **DL 34/11-3 NÖ**
Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft;

6. **11-V-20-0082** **DL 32/11-3 NÖ**
Kredit

7. **11-V-20-0085** **DL 34/11-4 NÖ**
Bürgschaft

8. **11-V-20-0086** **DL 35/11-2 NÖ, 34/11-5 NÖ**
Beschluss Betrauungsakten

9. **11-V-36-0014** **DL 32/11-4 NÖ**
Niederschrift nicht öffentliche Sitzung Naturschutzbeirat am 27.10.2011

10. **11-V-80-2326** **DL 34/11-7 NÖ**
Erweiterung Gewerbeeinheit

11. 11-V-80-2327

DL 33/11-3 NÖ, 32/11-5 NÖ

Verkauf eines Baugrundstücks

12. 11-V-80-2335

DL 33/11-4 NÖ, 32/11-6 NÖ

Verkauf eines Gewerbegrundstückes

ANLAGE NICHT ÖFFENTLICH

HINWEISE:

1. Es ist geplant, die Wahlen zu den Punkten 11 und 12 der Tagesordnung I ab 19.00 Uhr durchzuführen.
2. Ab 20.00 Uhr ist das weihnachtliche Zusammensein geplant, zu dem auch Ehrengäste eingeladen sind.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher